

Krieg und Waffen gegen den Islamischen Staat – (k)ein Problem für die Friedensforschung?

Der selbsternannte Islamische Staat hält die Welt in Atem. Erbarmungslos schlachtet er Menschen ab, die sich nicht seinem Weltbild fügen, zerstört Gotteshäuser und kulturelle Symbole, die ihm nicht passen. Mit großer Brutalität unterwirft er Teile des Irak und Syriens seiner Herrschaft. Dem stellen sich insbesondere kurdische Kämpfer entgegen: Sie verteidigen ihre Städte wie Kobani, geben bedrohten Minderheiten wie den Jesiden Geleitschutz. Der Westen hat entschieden, ihren Kampf zu unterstützen – mit Luftschlägen und Waffenlieferungen. Auch Deutschland ist dabei. Es schickt nicht nur militärisches Gerät, sondern bildet sogar vor Ort aus. Nur die Friedensforschung ist kaum zu vernehmen. Diese Zurückhaltung überrascht. Schließlich ist sie mit dem Anspruch angetreten, die Welt friedlicher zu machen. Gewaltsame Lösungen erschienen ihr als intellektuelle und moralische Kapitulation. Auch dann, wenn sie nicht direkt ins Auge springen, gäbe es friedliche Alternativen. Man müsse sie nur suchen. Sicherlich wurde in der Friedensforschung um dieses *Credo* immer wieder gerungen. Insbesondere hocheskalierte Situationen werfen die Frage auf, ob militärische Mittel nicht doch einen Beitrag zur Gewalteinämmung leisten könnten. Aber wo immer es bislang Fürsprecher gab, meldeten sich auch die Skeptiker zu Wort. Schlugen noch in der Debatte über den Kosovokrieg die Wellen hoch, zeigt sich derzeit nicht mal ein leichtes Kräuseln an der Oberfläche. Wie ist dieses Phänomen zu erklären? Möglicherweise handelt es sich um das Eingeständnis, dass es Situationen geben kann, die sich dem Zugriff der Friedensforschung entziehen. Vielleicht hat sie aber auch unter dem Eindruck aktueller Ereignisse ihren Standort nur noch nicht gefunden. Eventuell dokumentiert das öffentliche Schweigen gar den Rückzug in den akademischen Elfenbeinturm. S+F hat Friedensforscherinnen und Friedensforscher um ihre Einschätzung und Positionierung gebeten.

Sabine Jaberg

Friedensforschung weiß viel über Konflikte. Angesichts explosiver Gewalt nützt ihr das wenig

Thorsten Bonacker

Die Hoffnung, dass nach dem Höhepunkt kriegerischer Gewalt in den 1990er Jahren die Welt im 21. Jahrhundert friedlicher und Staaten eher in der Lage sein würden, Konflikte ohne Gewalt auszutragen, hat sich offenkundig als trügerisch erwiesen. Davon zeugen Gewaltregime wie die Taliban in Afghanistan und der Islamische Staat im Irak, nichtstaatliche Gewaltakteure wie al-Qaida, die Eskalation staatlicher Gewaltanwendung durch Regime wie das in Syrien, aber auch mangelnde staatliche Gewaltkontrolle wie in Mexiko sowie die Rückkehr geopolitischer Konflikte etwa im Südchinesischen Meer und in der Ukraine. All diese Phänomene machen schmerzhaft deutlich, dass Fragen nach erfolgreicher Konfliktprävention und gründlicher Konfliktanalyse mehr denn je auf der Tagesordnung stehen müssen. Zugleich wirft dies auch die Frage auf, ob wir eigentlich zu wenig über die genannten Konflikte wissen, um sie verhindern oder politisch klug auf sie reagieren zu können. Ein Blick auf die Forschungsliteratur zeigt freilich, dass dem nicht so ist. Nicht nur verfügt die Friedens- und Konfliktforschung über ausgefeilte analytische und methodische Instrumente sowohl in der Grundlagen- als auch in der angewandten Forschung, sondern sie hat darüber hinaus in den letzten gut vierzig Jahren eine ganze Reihe von Ansätzen, Modellen und Strategien zur erfolgreichen Bearbeitung unterschiedlicher Konflikttypen entwickelt. Wenngleich jeder Konflikt seine Eigenheiten besitzt und es häufig nicht einfach erscheinen mag, lokales und regionales konfliktspezifisches Wissen zu generieren, erlaubt uns der Stand der Forschung in vielen Fällen die Mechanismen zu benennen, die zur Eskalation bzw. Deeskalation von Konflikten beitragen. Dass beispielsweise militärgestützte humanitäre Interventionen

Gewalt stoppen, Konflikte aber nicht dauerhaft befrieden können, ist ebenso bekannt wie der Umstand, dass der Ausschluss unliebsamer Konfliktparteien aus Friedensverhandlungen die Wahrscheinlichkeit erfolgreicher Friedensprozesse mindert. Wenn wir aber relativ viel über Entstehung, Verlauf und Prävention von Konflikten wissen, warum kann dann der Eindruck entstehen, die Friedens- und Konfliktforschung wäre in den gegenwärtigen Debatten zu internationalen Krisen und zu möglichen Interventionen in regionale Konflikte kaum zu vernehmen?

Eine nahe liegende Erklärung dafür wäre die normative Uneindeutigkeit der Friedens- und Konfliktforschung in Fällen besonders gewaltintensiver Konflikte. Spätestens mit den Kriegen rund um den Staatszerfall Jugoslawiens und dem Genozid in Ruanda gilt ein absoluter Gewaltverzicht für weite Teile der Friedens- und Konfliktforschung nicht länger als normative Grundlage für die eigene – politische oder forschungsstrategische – Positionierung. Zugleich bleibt jede Form der militärischen Gewaltanwendung in der Friedens- und Konfliktforschung höchst umstritten, sogar dann, wenn sie dazu dienen soll, systematische Gewalt gegen die Zivilbevölkerung zu unterbinden. Eine ähnliche Uneindeutigkeit zeichnet sich in der Diskussion zum Vorgehen gegen den Islamischen Staat im Irak und in Syrien ab. Vertreter und Vertreterinnen aus den führenden deutschsprachigen Institutionen der Friedens- und Konfliktforschung haben jüngst Verständnis für den Einsatz von Gewalt gegen den IS geäußert. Gleichwohl waren aus diesem Kreis auch kritische Stimmen gegen die Lieferung von Waffen in das nordirakische Gebiet zu hören. Und dennoch scheint mir diese normative Uneindeutigkeit die Friedens- und Konfliktforschung angesichts hocheskalierten Konflikte nicht sprachlos zu machen, denn als Wissenschaft definiert sie sich in erster Linie nicht über einen normativen oder gar politischen Konsens, sondern durch einen gemeinsamen Forschungsgegenstand, über Methoden und Theorien, kurz: über die Art und Weise des von ihr produzierten wissenschaftlichen Wissens.

Genau an diesem Punkt zeigt sich die eigentliche Herausforderung, die Konflikte wie im Irak, in Syrien oder auch Darfur für die Friedens- und Konfliktforschung darstellen. Denn mit Blick darauf, welches Wissen medial und politisch in Phasen hocheskaliertter Gewalt abgefragt wird, kann man sagen: Die Friedens- und Konfliktforschung weiß nicht zu wenig, sondern zu viel über Konflikte. Dies hängt mit der Art des Wissens zusammen, das sie in Bezug auf die Analyse, Prävention und Bearbeitung von Konflikten produziert. Drei Arten des Wissens lassen sich hier typologisch unterscheiden:

1. *Strukturelles Wissen*: Eine Kernkompetenz der Friedens- und Konfliktforschung besteht zweifelsohne darin, die Ursachen von Konflikten analysieren zu können und dafür angemessene Methoden und Theorien entwickelt zu haben, auch wenn der wissenschaftliche Prozess selbstverständlich niemals abgeschlossen sein kann. Zu diesem strukturellen Wissen über Konflikte gehören nicht nur die gesellschaftlichen, regionalen oder globalen Entstehungsbedingungen für gewaltträchtige Konflikte, sondern darüber hinaus auch unmittelbare Auslösefaktoren, die dafür sorgen, dass aus Positionsdifferenzen direkte Konfrontationen zwischen Gegnern werden, die sich auf dem Gewalthöhepunkt als Feinde wahrnehmen. Die Analyse der Veränderung sowohl in der Bedrohungswahrnehmung als auch der damit einhergehenden diskursiven Konstruktion von Feindschaften gehört ebenfalls zu den festen Bestandteilen einer auf das strukturelle Wissen über Konflikte ausgerichteten Friedens- und Konfliktforschung. Dementsprechend gelten wechselseitige Anerkennung sowie eine als gerecht wahrgenommene Distribution gesellschaftlicher Güter und Lebenschancen als wichtige strukturelle Voraussetzungen für stabilen Frieden.
2. *Prozessuales Wissen*: Jenseits dieser strukturellen Voraussetzungen eines nachhaltigen Gewaltverzichts hat die Friedens- und Konfliktforschung eine Reihe von Modellen entwickelt, die sich stärker auf den Verlauf und die Dynamik von Konflikten sowie auf ihre Deeskalation beziehen. Damit aus Krisen keine bewaffneten Auseinandersetzungen erwachsen, sind Maßnahmen präventiver Diplomatie ebenso wie ein effektives Krisenmanagement bekannte und geeignete Instrumente, die ihren Eingang in die entsprechenden *policies* staatlicher und internationaler Akteure gefunden haben. Sowohl auf der Mikro- als auch der Makroebene haben zahlreiche Studien gezeigt, dass Konflikte unter bestimmten Umständen eine Tendenz zur Polarisierung und damit zur Eskalation besitzen.

Beide Wissensformen beziehen sich insbesondere auf Rahmenbedingungen und Kontexte sowie Verläufe von Konflikten. Sie sind vor allem dann von Interesse, wenn es darum geht, gesellschaftliche Hintergründe von Konflikten zu verstehen und langfristige Maßnahmen zu ihrer Transformation zu entwickeln. Sie eignen sich ebenfalls zur Risikoeinschätzung und für Frühwarnansätze, ohne dass deren politische Bedeutung gänzlich geklärt wäre. Dies liegt in erster Linie an der kurzfristigen Perspektive, die politisches Handeln in Konflikten und gegenüber Konfliktparteien prägt – vor allem dann, wenn wir es mit hocheskalierten Konflikten zu tun haben. Gefragt für solche Konfliktphasen sind aber nicht strukturelles und prozessuales, sondern ereignisbezogenes Wissen.

3. *Ereigniswissen*: Ein solches Wissen bezieht sich vornehmlich auf konkrete Konfliktereignisse, die eine Eskalation auslösen. Dem gehen in der Regel längere latente und bis zu einem gewissen Grad auch bereits eskalierte Auseinandersetzungen voraus. Einzelne Konfliktaktionen können ebenso wie Ereignisse in der Konfliktumwelt dazu beitragen, dass Gewalt eskaliert. Auf der Seite der Konfliktbearbeitung spielen jetzt direkte Interventionen oder unmittelbare Zwangsmaßnahmen wie Sanktionen eine größere Rolle, um eine Ausbreitung der Gewalt zu unterbinden.

Besonders gewaltintensive Konflikte wie Kriege, bewaffnete Auseinandersetzungen oder genozidale Gewalt erfordern schnelles Handeln. Sie lassen strukturelle und prozessuale Analysen und damit jene Wissensformen in den Hintergrund treten, die für die Friedens- und Konfliktforschung charakteristisch sind. Sie rücken überdies die Sicherheits- gegenüber der Friedenslogik in den Vordergrund, sodass Analyse- und Bearbeitungsansätze scheinbar entwertet werden, die auf strukturelle Rahmenbedingungen, die Wirkmächtigkeit von Diskursen und auf die Bedeutung von Konfliktprävention verweisen.

Wenn der Eindruck stimmt, dass die Friedens- und Konfliktforschung in der außenpolitischen Diskussion um mögliche Strategien zur Bekämpfung des IS wenig in Erscheinung tritt, dann liegt dies eher an einer Neubewertung von Wissensformen angesichts explosiver Gewalt als an der normativen Uneindeutigkeit oder gar dem Unwillen der Friedens- und Konfliktforschung, sich an öffentlichen Diskussionen über Konfliktinterventionen zu beteiligen. So richtig es freilich ist, strukturelles und prozessuales Wissen als Kernbestandteile der Friedens- und Konfliktforschung zu verstehen, so notwendig scheint es gleichzeitig zu sein, sich an Debatten im Zusammenhang mit hocheskalierten Konflikten zu beteiligen. Hier gilt es auch, Handlungsoptionen auf der Basis von Forschungsergebnissen – etwa zu Waffenlieferungen in Krisengebiete – abzuwägen. Allerdings sollte der Friedens- und Konfliktforschung als Wissenschaft daran gelegen sein, das ganze Bild im Blick zu behalten, sprich Konfliktanalyse und Konfliktbearbeitung nicht nur an einer kurzfristigen Perspektive auszurichten. Erst damit unterscheidet sie sich von sogenannten strategischen Analysen, die vielleicht viel vom Konfliktereignis, aber wenig vom Konfliktkontext wissen.

Dr. Thorsten Bonacker ist Professor für Friedens- und Konfliktforschung an der Philipps-Universität Marburg.

Friedensforschung hat eine Bringschuld. Sie muss ihr Wissen proaktiv mobilisieren

Tanja Brühl

„Forschung heißt, Verantwortung für die Zukunft zu tragen“ formulierte Helmut Schmidt in seiner Festrede zum 100. Geburtstag der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft (Die Zeit 3/2011). Er attestierte der Wissenschaft eine „Bringschuld“, die Verpflichtung, neue Erkenntnisse zur Verfügung zu stellen. Der Politik hingegen obliege eine „Holschuld“. Sie sei aufgefordert, die wissenschaftlichen Befunde aufzugreifen, um gute Entscheidungen zu treffen.

Dieser Sichtweise schließe ich mich an. Während nun Forschungsergebnisse in den Natur- und Lebenswissenschaften tendenziell wenig umstritten sind, da sie auf intersubjektiv nachvollziehbaren Experimenten fußen, werden die Erkenntnisse der Sozial- und Geisteswissenschaften häufig kontrovers diskutiert. Da weder über metatheoretische noch methodische Fragen Einigkeit besteht, ist hier schon die Art der Generierung neuen Wissens strittig. Dies potenziert sich bis zu sehr divergierenden Einschätzungen von Forschungsergebnissen. Dennoch oder gerade deswegen übernehmen auch diese Disziplinen eine wichtige gesellschaftliche Funktion. Sie zeigen die Vielfalt der sozialen Welt und die damit einhergehende Diversität der Handlungsoptionen auf.

Dies gilt insbesondere auch für die Friedens- und Konfliktforschung (FKF) als interdisziplinäre Wissenschaft. Häufig wird der FKF eine politikberatende Rolle zugeschrieben. Sie soll kurzfristig und punktuell zu aktuellen Krisen und Kriegen Stellung beziehen und Lösungswege identifizieren. Diese innerhalb wie außerhalb der FKF anzutreffende Erwartungshaltung erklärt sich aus der jungen Disziplingeschichte heraus. Die FKF ist Ende der 1960er Jahre im deutschsprachigen Raum dezidiert als normative und praxeologische Wissenschaft entstanden. Insbesondere die Gründergeneration hat den Anspruch formuliert, sich zu aktuellen Themen zu äußern und durch Analysen und Politikempfehlungen einen Beitrag zu einer friedlicheren Welt zu leisten.

Die Annahme, dass die FKF als Disziplin auch heute eine politikberatende Funktion haben *muss*, erscheint mir in dreifacher Hinsicht problematisch: Erstens wird dies dem aktuellen Selbstverständnis der Friedens- und Konfliktforschung nicht gerecht. Insbesondere Vertreter und Vertreterinnen der jüngeren Generationen sehen die FKF als empirisch-analytische Wissenschaft an, verorten sich also nicht in der normativen Forschung. Zweitens ist es irreführend, von „der“ FKF zu sprechen. Die FKF zeichnet sich durch eine hohe Interdisziplinarität und inhaltliche Heterogenität aus. Somit ist das vorhandene Wissen meist umstritten, und die Einschätzungen über angemessenes politisches Handeln gehen auseinander. Dies zeigt sich insbesondere bei der Frage, wie mit bereits eskalierter Gewalt umgegangen werden soll. So hat die Debatte über die völkerrechtswidrige Kosovo-Intervention innerhalb der institutionalisierten deutschsprachigen Friedensforschung zu so starken Konflikten geführt, dass etliche Personen aus dem Dachverband, der Arbeitsgemeinschaft für Friedens- und Konfliktforschung (AFK), ausgetreten sind. Hinzu kommt drittens, dass sich die Differenziertheit der Positionen nur schwerlich in der Politikberatung abbilden lässt. Dies mögen auch die Gründe sein, warum die AFK in den letzten Jahren auf Stellungnahmen zu aktuellen politischen Ereignissen verzichtet hat.

Daher erscheint es einerseits naheliegend und folgerichtig, dass die FKF sich nicht zum „Islamischen Staat“ (IS) geäußert hat. Andererseits ist dieses Schweigen höchst problematisch, da die FKF damit ihre „Bringschuld“ nicht erfüllt. Um angemessen auf das brutale Terrorregime reagieren zu können, benötigen Gesellschaft und Politik Informationen und Analysen. In einer Situation, in der sich nicht nur in der Region strukturelle Umbrüche andeuten, gilt es Wissensbestände der FKF zu bündeln und zu präsentieren. Die Politik sollte in einer solchen Krisensituation diese inhaltlichen Anregungen aufgreifen und darauf basierende Entscheidungen treffen können, also ihre „Holschuld“ einlösen.

Da weder Bring- noch Holschuld eingehalten werden, werden derzeit fragwürdige politische Entscheidungen getroffen.

Die „Bringschuld“ der FKF besteht darin, zumindest auf drei Forschungsdesiderate hinzuweisen, die für die Debatte über den Umgang mit dem IS wichtig sind: Sie hätte den zivilisatorischen Charakter des Völkerrechts zu verdeutlichen, die Gewaltlogik in Frage zu stellen und schließlich das notwendige Konzept einer Nachkriegsordnung in der Region anzumahnen. Diese drei Punkte skizziere ich nachfolgend.

Erstens ist die Welt durch die Ausbreitung des Völkerrechts friedlicher geworden. Im Zentrum des Völkerrechts steht das Gewaltverbot, das in Art. 2(4) der UN-Charta festgeschrieben ist. Das Gewaltverbot kennt nur zwei Ausnahmen: Kollektive Zwangsmaßnahmen nach Kapitel VII der UN-Charta kann ausschließlich der Sicherheitsrat verhängen. Sie dienen der Wahrung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit. Artikel 51 der Charta enthält das Recht der Staaten auf individuelle und kollektive Selbstverteidigung. Dieses darf nur so lange beansprucht werden, bis der Sicherheitsrat in der Angelegenheit die erforderlichen Maßnahmen getroffen hat. Eine Grundlage für eine über reine Nothilfe hinausgehende Ordnungspolitik ist er aber nicht.

Die Luftschläge der von den USA angeführten Koalition gegen den IS sind nicht von der UN mandatiert, der Sicherheitsrat hat keine entsprechende Resolution verabschiedet. Daher ist das Vorgehen der Koalition völkerrechtlich zumindest bedenklich, wobei die Situation im Irak eine andere als die in Syrien ist. Die irakische Regierung hatte immerhin dezidiert darum gebeten, im Kampf gegen den IS unterstützt zu werden. Insofern kann zumindest auf Art. 51 rekurriert werden. Die Situation in Syrien stellt sich anders dar. Hier hat Präsident Baschar al-Assad die Luftschläge gegen den IS lediglich begrüßt, sodass auch Art. 51 nicht greift.

Das völkerrechtlich insgesamt mehr als fragwürdige Vorgehen wird damit begründet, dass keine Option auf eine Sicherheitsratsresolution besteht. Schließlich haben Russland und China mit ihren Vetos bereits einige Resolutionsentwürfe blockiert. Das Argument ist auf den ersten Blick plausibel. Möglicherweise liegt das Problem aber auch im inhaltlichen Zuschnitt der Vorlagen. Vielleicht würde über einen Resolutionsentwurf zum Schutz der Zivilbevölkerung in einem begrenzten Territorium anders abgestimmt als bei einer Resolution, die das Handeln des Assad-Regimes verurteilt. Es könnte durchaus eine Chance bestehen, eine Mehrheit im Sicherheitsrat für die Einrichtung einer humanitären Zone oder eines Sicherheitskorridors für die Flüchtlinge zu gewinnen. Eine solche Resolution könnte und sollte auch militärische Zwangsmaßnahmen nach Kapitel VII der UN Charta enthalten, wenn gegen die Schutzzonen verstoßen wird. Argumentativ könnte man hierbei etwa an die Resolution 1674 zum Schutz der Zivilbevölkerung in bewaffneten Konflikten anknüpfen.

Außerdem wird häufig übersehen, dass die UN in vielfältiger Hinsicht in dem Konflikt aktiv sind. Der Sicherheitsrat hat ein Sanktionsregime etabliert (S/RES/2170) und Maßnahmen zur besseren Verteilung der humanitären Hilfe vereinbart (S/RES/2139 und 2165). Weiterhin bemühen sich die UN, die humanitäre Katastrophe abzufedern: Nach Schätzungen des Amtes für die Koordinierung humanitärer Angelegenheiten (OCHA) ist die Hälfte der syrischen Bevölkerung vom Bürgerkrieg betroffen.

Dazu kommen die Flüchtlinge, die vor den Truppen des IS Schutz suchen. Empörend ist, dass die bislang von der Staatengemeinschaft im Rahmen der UN vereinbarten Pläne nicht greifen, da die Staaten ihre zugesagten Mittel nicht oder nur teilweise zur Verfügung stellen. So konnten nur rund 40 Prozent des Betrags, den das UN-Flüchtlingshilfswerk als notwendig ansieht, gesammelt werden. Das Welternährungsprogramm musste aufgrund knapper finanzieller Mittel im Dezember 2014 sogar die Ausgabe von Lebensmittelgutscheinen zwischenzeitlich einstellen. Im Sinne der „Bringschuld“ sollte die FKF die Bedeutung des Völkerrechts und seiner zentralen internationalen Organisation, den Vereinten Nationen, deutlicher benennen. Der schleichenden Aushöhlung des Gewaltverbots ist ein Riegel vorzuschieben.

Zweitens sollte die FKF eine differenzierte, alternative Sichtweise zum momentan vorherrschenden Automatismus aufzeigen, wonach einzig militärische Maßnahmen im Kampf gegen den IS als erfolgversprechend gelten. Das breite Spektrum an Positionen reicht von pazifistischen Annahmen, die Gewalt *per se* ablehnen, über die Befürwortung weiterer Wirtschaftssanktionen bis hin zu Einschätzungen, wonach legitimierte Gewalt zur kurzfristigen Konflikteindämmung beitragen kann. Die Präferenz für unterschiedliche politische Mittel hängt u.a. mit divergierenden Vorstellungen darüber zusammen, wie dauerhafter Frieden hergestellt werden kann. Hier sei jedoch an das Plädoyer von Dieter Senghaas erinnert. In „Den Frieden denken“ (1995) hat er darauf hingewiesen, dass es notwendig ist, friedliche Strukturen aufzubauen, um den Frieden zu erhalten und zu sichern. Mit „*si vis pacem para pacem*“ hat er zum Umdenken aufgefordert. Das Wissen über Strukturen, die auch längerfristig ein friedliches Miteinander erlauben, sollte auch im Kontext des IS wiederentdeckt und neu diskutiert werden. Vor diesem Hintergrund sollte auch die Frage, ob die Peschmerga mit modernen Waffen auszustatten sind, erörtert werden. Die von der Bundesregierung beschlossenen Waffenlieferungen an nicht genau benannte Gruppen mögen zwar kurzfristig die IS-Truppen zurückdrängen. Mittelfristig steht jedoch eine weitere Destabilisierung der Region zu befürchten, da gerade Kleinwaffen von ihren Besitzern häufig weiterverkauft werden, auch um die eigene Existenzgrundlage zu erhalten.

In der Diskussion fehlt weiterhin eine Vorstellung darüber, wie mittel- und langfristig Frieden in der Region geschaffen werden kann. Dies ist der dritte Wissensbestand, den die FKF zur Verfügung stellen sollte: Es ist nötig, schon während eines gewaltsamen Konflikts Konzepte einer Nachkriegsordnung zu entwickeln und mit den betroffenen Parteien zu diskutieren. Dies gilt für den Nahen Osten in besonderem Maße, da hier verschiedene sich überlagernde und miteinander interagierende Konflikte eine friedliche Ordnung blockieren.

Doch neben der „Bring-“ gibt es auch die „Holschuld“. Politik und Gesellschaft haben in den vergangenen Jahren Warnungen auch aus der FKF vor dem zunächst irakischen al-Qaida-Ableger nicht ernst genommen, sondern ihn sogar teilweise unterstützt, da er erfolgreich gegen Assad kämpfte. Die „Holschuld“ besteht daher darin, komplexe Beschreibungen, die die Wissenschaft anbietet, aufzugreifen und auch ernst zu nehmen.

Dr. Tanja Brühl ist Professorin für internationale Institutionen und Friedensprozesse an der Goethe-Universität Frankfurt sowie deren Vizepräsidentin.

Alles spricht für eine internationale Schutztruppe! Friedenspolitik braucht aber mehr

Hajo Schmidt

1. Seit seinen Ursprüngen Ende des letzten Jahrtausends in Jordanien und Afghanistan scheinen organisatorische Veränderung und geografische Flexibilität kennzeichnend für die Bewegung, die sich heute Islamischer Staat (IS) nennt. Lange Zeit galt sie als eine Terrororganisation unter anderen, als besonders brutaler Mitstreiter und Konkurrent von al-Qaida und al-Nusra in Syrien. Angst und Schrecken verbreiteten aber auch die militärischen Verbände des IS. Seine zahlen- und waffenmäßig beeindruckende Infanterie überrannte Teile des Irak und schlug dessen Armee in die Flucht. Trotz einzelner militärischer Gegenwehr drohte er das bestehende Herrschaftssystem des Irak komplett zu überrollen. Dabei verfolgt er nicht nur nach Einschätzung von Volker Perthes ein „dschihadistisches Staatsbildungsprojekt“. Als dschihadistisch gelte diejenige extreme Denkweise, „die abweichend von den wichtigsten islamischen Rechtsschulen auf einen zeitlich und räumlich unbegrenzten Krieg gegen alle Nicht- oder Andersgläubigen setzt und diesen zur Glaubenspflicht erklärt“.¹

2. Die maßlose Gewaltbereitschaft der IS-Milizen gegen Andersdenkende provozierte in Deutschland eine zum Teil heftige Debatte über die Möglichkeiten, jesidische und christliche Minderheiten im kurdischen Teil des Irak zu schützen. Dabei ging es auch um die Frage, ob die Ausrüstung der Kurden mit besseren Waffen das Mittel der Wahl sein könne. Nicht nur die schwer einzuschätzende Lage vor Ort lässt die Entscheidung der Bundesregierung, Waffen an die Kurden zu liefern, als fragwürdig erscheinen. Vor allem mangelte es Gegnern wie Anhängern dieses Beschlusses zumeist auch an argumentativer Gründlichkeit und ethischer Urteilsbildung.

Gegen Waffenlieferungen spricht zweifellos das empirisch gehärtete moralische und friedenspolitische Gewicht des Prinzips, keine Waffen in Kriegs- bzw. Krisengebiete zu liefern. An deren Stelle ausschließlich humanitäre Hilfe und politischen Druck zu fordern, erscheint aber dann als unzureichend, wenn die Gefährdungslage real, die Vernichtungsdrohung akut ist und Mittel zur wirksamen Nothilfe nicht nur bereitstehen, sondern in der konkreten Situation auch menschenrechtlich angemessen eingesetzt werden könnten: Luft- und andere militärische Schläge, Drohnen, Armee- und Milizgewalt sowie effektive Fluchthilfe.

Nichtsdestoweniger bleiben diese Maßnahmen im Falle einer auf Dauer gestellten Nothilfe- und Notwehrsituation rechtsethisch ambivalent. Das verleiht der Forderung nach einer mit einem robusten Mandat versehenen, strikt defensiv ausgerichteten UN-Schutztruppe – am besten zusammengestellt aus Soldaten der Veto-Mächte (Andreas Zumach) – besonderes Gewicht. Sie ersparte bei angemessener Ausstattung weitere Waffenlieferungen an Dritte und machte bedrohte Minderheiten unabhängig von wechselhaften Kalkülen ihrer jeweiligen – hier kurdischen –

¹ Süddeutsche Zeitung 25.09.2014, S. 2.

Beschützer. Auch stellte sich im Falle einer UN-Mission nicht mehr die Frage, gegen welche anderen potenziellen Gegner die aufgerüsteten lokalen Kräfte ihre Fähigkeiten einsetzen könnten. So spricht in der Tat – bis auf den Fall kurzfristiger Nothilfe – alles für die Entsendung einer internationalen Schutztruppe in den Irak!

3. Natürlich wäre diese Schutztruppe nur ein erster, vielleicht unerlässlicher Schritt zur Eindämmung und Kontrolle der gewaltträchtigen Aktivitäten des IS. Weitere Maßnahmen könnten sich auf Grundlage einer gründlichen Analyse dieses terroristisch-staatsbildenden Doppelwesens ergeben. Charles Lister² entfaltet nicht nur die Grundzüge der multidimensionalen Militärstrategie des IS, sondern auch sein Modell sozialer Governance, das sich offensichtlich auch in instabilen Verhältnissen bewährt. Er verrät die effiziente Führungsstruktur dieser straff kontrollierten und unübersehbar bürokratischen Organisation, die gleichwohl einer bemerkenswerten Verwaltungs- und Herrschaftsintelligenz sowie einer durchdachten Militärstrategie Raum zur Entfaltung gibt. Mit der Kommunikationsstrategie zielt Lister ein weiteres Qualitätsmerkmal der Gruppierung. Der differenzierte organisatorische Aufbau, der Umfang faktischer Territorialkontrolle und politischer Einflussnahme, die diversifizierte Reichtumsproduktion und die aus ihr erwachsende Unabhängigkeit sowie die internationalen Rekrutierungserfolge verdeutlichen, welch umfassender Gegenstrategien und Mittelinvestitionen es *rebus sic stantibus* bedürfte, um den IS entscheidend zu schwächen.

Während Lister trotz einiger systematischer Hinweise auf militärische und zivile Gegenmaßnahmen die Bekämpfung des IS letztlich als politisch-technokratisches Projekt behandelt, behält Peter Harling den bedingenden Rahmen im Auge. Er erkennt den ungewöhnlichen Erfolg des IS zwar an, relativiert ihn zugleich, indem er ihn wesentlich auf die Umstände und die (Nicht-)Aktivitäten zentraler Gegenspieler zurückführt. „Though it stands for little in itself, IS is being fed by a system.“³ Harling repetiert hier nicht einfach die gängige – für die Konfliktbearbeitung wichtige – Erkenntnis, dass ein Gutteil des IS-Erfolges auf die extrem parteiliche Politik der syrischen sowie der irakischen Regierung zurückgeht. Visionär rückwärtsgewandt, arm an politischer Theorie, sozialpolitisch nur bedingt überzeugend, verkörpert der IS gleichwohl eine Art sunnitische Fundamentalkompensation für die Leiden der Geschichte und die Versagungen der Gegenwart: Erinnerung sei hier an die Abfolge gescheiterter Sozial-Großexperimente wie etwa Panarabismus oder auch arabischer Nationalismus sowie an den unübersehbaren Bedeutungszuwachs der Shia-Achse Beirut, Damaskus, Bagdad, Teheran. Die in den IS-Komplex eingegangenen Macht-Projektionen unterschiedlicher Gruppen dürften weiter Wirkung zeigen, demnächst vielleicht in Gaza, Jemen, Sinai, Libyen, Tunesien usw. Und dies so lange, bis die Verantwortlichen in der Region, aber auch westliche Staaten aufhören, den Krieg gegen den IS zum Ersatz-Fetisch all ihrer unerledigten Hausaufgaben aufzublasen. Dazu gehören eine inklusive Politik nicht nur in Syrien und Irak, die Arbeit am

Schisma zwischen Sunniten und Schiiten, aber auch umfangreiche Programme gegen die Arbeits- und Perspektivlosigkeit junger Menschen, die Bekämpfung der Korruption und die Verringerung der Ölabhängigkeit. Kurz: Es geht um *self-reliance*.

4. Zweifellos kommt die Friedensforschung nicht umhin, die großen Konfliktkonstellationen der Region im Fokus zu behalten. Glücklicherweise geht es aber auch eine Nummer kleiner. Mit Blick auf den Umgang mit dem IS bestehen zuweilen kaum Unterschiede zum politikwissenschaftlichen Mainstream, wenn Repräsentanten der Friedensforschung oder der zivilen Konfliktbearbeitung fordern:

- die finanziellen Ressourcen der Gewaltunternehmer auszutrocknen;
- den irakischen Zentralstaat stärker zu föderalisieren;
- einen Regierungs- oder Regimewechsel in Syrien, wie jüngst im Irak, also mit Hilfe Russlands und des Iran anzustreben;
- auch die Arabische Liga und die Organisation für Islamische Zusammenarbeit einzubeziehen und für die Schaffung friedensgeneigter Institutionen etwa nach dem Muster der OSZE und/oder der EU zu nutzen;
- diplomatische und humanitäre Bemühungen zu intensivieren, auch um eine Entspannung zwischen Saudi-Arabien und dem Iran als Motoren der schiitisch-sunnitischen Dauerkonfrontation in der Region zu erreichen.

Statt jedoch gemeinsam mit Perthes (und anderen) Luftschläge zur Eindämmung des IS oder Waffenhilfe für bedrängte Partner zu empfehlen, sollten sich friedenspolitisch entschlossene Akteure durch zwei Haltungen auszeichnen: Die erste bestünde in der Bereitschaft, mit jedem zu sprechen, also auch den erbitertsten Gegner des IS als kommunikationsfähiges Gegenüber, mithin als Menschen, zu behandeln. Eine kritische Selbsteinschätzung wäre das zweite. Sie bedeutete im konkreten Fall für westliche (zivile oder staatliche) Akteure die Anerkennung, für die Gewaltexplosion in Nahost entscheidend mitverantwortlich zu sein, hat doch der Westen durch Invasion, Besetzung und eine brutale Sanktionspolitik im Irak für eine Million unschuldiger Opfer und vier Millionen Flüchtlinge gesorgt.

5. Die Einräumung eigener schuldhafter Verstrickungen öffnet sich auch für die Anerkennung eines zumindest relativen Rechts widerstrebender Positionen. Dies beeinflusst grundsätzlich jeden Konfliktaustrag und könnte sich sogar in extremen Fällen wie dem IS als konstruktiv erweisen. Über das Gedankenexperiment einer gewaltsamen Abschaffung des Papsttums durch nicht-katholische Mächte und deren präsumtive Folgen (Sehnsucht nach dem Papsttum, Hass auf dessen gewalttätige Verächter) plausibilisiert Johan Galtung die aktuelle Attraktivität der Kalifatsidee für die gesamte Umma. Bei Zerstörung des IS würde diese Idee kaum begraben, sondern bei Muslimen weltweit wahrscheinlich neue, gewaltträchtige Anziehungskraft entfachen. Ein Ausweg: Der Westen erkennt seinen zweifelhaften Beitrag bei der Abschaffung des Kalifats wie zur kolonialen Aufteilung des Nahen Ostens (Sykes-Picot und die Folgen) an und offeriert eine Politik der „Versöhnung“: „both in the sense of clearing the past and opening the future“.⁴ Sie fiele

2 Charles Lister „Profiling the Islamic State“; Brookings Doha Center Analysis Paper No 13; Nov 13, 2014.

3 Peter Harling „IS back in business“, Le Monde Diplomatique engl. 09/2014, Internetfassung, letzter Absatz.

4 Johan Galtung „ISIS: Negotiation, Not Bombing“; TRANSCEND Media Service, 13 Oct. 2014.

umso glaubwürdiger aus, je deutlicher sie mit einer Politikänderung gegenüber der Region einherginge. Insbesondere ein aktiverer Beitrag zur Beendigung des Krieges zwischen Israel und Palästinensern nähme Gruppen wie dem IS auch in Afrika und Eurasien viel Wind aus den Segeln. Diese Selbstkorrektur des Westens wäre kein Zeichen von Schwäche. Im Gegenteil: Sich nicht nur als Löser, sondern (auch) als Teil und Mitverursacher des Problems zu sehen, gäbe ihm als Friedensstifter erst Glaubwürdigkeit und rechte Stärke.

Dr. Hajo Schmidt ist Professor für Philosophie i.R. und zurzeit Gastprofessor für Friedens- und Konfliktforschung an der Universität Witten/Herdecke.

Krieg hilft nicht gegen den Islamischen Staat. Der Westen muss aus der Region abziehen

Olaf L. Müller

Grauerregende Bilder fluten zu uns aus Syrien und Irak. Fanatische islamische Gotteskrieger aus aller Welt überrennen Städte beider Länder, massakrieren Teile der Zivilbevölkerung, die sie nicht für rechtgläubig halten, enthaupten Geiseln vor laufender Kamera, kämpfen mit geraubtem Giftgas, bedrohen an der Uni Mossul Dozenten wie Studenten unerwünschter Fächer etwa der Jurisprudenz, Politologie, Philosophie, ja sogar des Sports mit drakonischen Strafen und rufen auf dem eroberten Territorium ein Kalifat aus, das sie zunächst Islamischen Staat in Irak und Syrien (ISIS) nannten, nun aber sogar ohne jede geografische Begrenzung als Islamischen Staat (IS) bezeichnet wissen wollen.

All das geht selbst hartgesottenen Zeitgenossen an die Nieren. So entsteht der verständliche, ja noble Wunsch, den Gotteskriegern Einhalt zu gebieten und ihre nächsten Opfer vor dem Schlimmsten zu bewahren. Aber mit welchen Mitteln? Militärisch natürlich. Es wirkt so, als gäbe es keinen anderen Weg, mit dieser neuesten Bedrohung von allem, was Menschlichkeit ausmacht, fertigzuwerden. Hierfür scheint auch zu sprechen, dass sich in der deutschen Öffentlichkeit so gut wie niemand zu Wort meldet, der die Vorgänge um den Islamischen Staat aus friedensethischer oder gar pazifistischer Sicht zu kommentieren wagt. Verdächtig still sind diejenigen, die sonst immer gegen Militäreinsätze plädieren – so still, dass die FAZ vom Abgang des Pazifismus redete.⁵

Mehr noch, aus der ehemaligen Partei der Pazifisten lassen sich prominente Stimmen vernehmen, die sich martialischer geben als unsere Bundesregierung. So sagte die Fraktionschefin der Grünen im Bundestag, Katrin Göring-Eckardt: „Deutschland muss initiativ werden bei den Vereinten Nationen. Es muss ein robustes Mandat geben, ISIS ist nur militärisch zu bekämpfen. Im Fall eines UN-Mandats muss Deutschland gegebenenfalls bereit sein, sich mit der Bundeswehr an einem Einsatz zu beteiligen. Die Völkergemeinschaft darf sich nicht wegducken. Dies gilt auch für Deutschland. Wir brauchen eine gemeinsame

Strategie. Wenn dabei herauskommt, dass am Boden agiert werden muss, würden wir das unterstützen.“⁶

Mit dieser provokanten Aussage löste sie eine heftige Debatte aus. Man hat ihr Scheinheiligkeit vorgeworfen. Sie habe wissen müssen, dass der UNO-Sicherheitsrat wegen der erwartbaren Vetos aus Russland und China sowieso keine Militärintervention in Syrien autorisieren werde. Kühl kalkulierte Kautelen also, um am Ende doch nichts tun zu müssen? Nichts als rhetorischer Aktionismus?

Langsam; vielleicht sollten wir den Gedanken der grünen Frontfrau ernster nehmen. Tun wir einmal so, als gebe es das fragliche Mandat der UNO. Und nehmen wir um der Deutlichkeit willen an, dass die Europäische Union unter mächtiger Beteiligung Deutschlands zum Krieg gegen den Islamischen Staat schreitet. Wie sähe das ungefähr aus? In der Tat grenzte es an schieres Wunschenken zu meinen, dieser Krieg ließe sich ohne Bodentruppen gewinnen. Selbstverständlich kann man sehr laut nach den Bodentruppen anderer rufen, etwa nach denen der Türkei. Aber so eine Forderung böte – ohne die Bereitschaft des Einsatzes eigener Bodentruppen – einen neuen Gipfel der Verlogenheit. (Abgesehen davon spielt die Türkei ein undurchschaubares Spiel, insofern sie ihre Grenze zu Syrien für zwielichtige Gestalten offenhält und so dem IS Vorschub zu leisten scheint.)

Also – deutsche Bodentruppen. Nach augenblicklichem Stand wäre die Sache gar nicht so schwierig. Wir brauchten zwei bis drei Dutzend Leo 2 für den Kampf in der Fläche, gepanzerte Kampfhubschrauber für Luftunterstützung, Truppen der GSG 9 sowie hinreichend viele Marder für den Häuserkampf – und natürlich die gesamte logistische Kette, um diesen Apparat zu installieren, zu versorgen, zu schützen. Das wäre ein gewaltiger Stiefelabdruck. Ganz anders, als es die rot-grünen Traumbühnen vor Jahr und Tag für Afghanistan vorgesehen hatten.

Wenn ich nicht irre, ließe sich der Islamische Staat mit den umrissenen Mitteln besiegen; wir könnten das – wenn wir wollten. Sicherheitshalber und für unvorhergesehene Schwierigkeiten sollte man die Truppen lieber etwas großzügiger ausstatten, doch ab einem nicht unrealisierbaren Punkt schlug Quantität in Qualität um, und der Sieg wäre unser.

Noch so ein Sieg, und ich bin verloren! Dieser Spruch des schockierten Pyrrhus scheint heute aktueller denn je. Der Westen hat in der islamischen Welt spektakuläre Siege errungen: zweimal gegen Saddam Hussein, einmal gegen Gaddafi, zuvor noch gegen die afghanischen Taliban und lange vorher sogar durch *Unterstützung* afghanischer Mudschaheddin gegen die Sowjets. Trotzdem sind wir in dieser Region spektakulär gescheitert. Geben wir es zu: Die Schwierigkeit besteht nicht darin, unseren jeweiligen Feinden die militärische Kontrolle über irgendein Territorium zu entreißen; das ist bloß ein technisches Problem der Taktik und Strategie, das wir ganz gut in den Griff kriegen können.

Hier sind die Probleme, die wir nicht im Griff haben: Was sollen wir nach dem Krieg tun, *post bellum*? Stolz und zufrieden nach

⁶ Rekonstruktion einer Interview-Aussage Göring-Eckardts, zitiert nach dem Gemisch aus indirekter und direkter Rede ihres Interviews in Süddeutsche Zeitung (13.10.2014), S. 1.

⁵ Frankfurter Allgemeine Zeitung (1.9.2014), S. 9.

Hause gehen? Haben wir ohne Erfolg probiert (nach dem ersten Krieg gegen Saddam Hussein und in Libyen, wo sich prompt der größte Waffenbasar ganz Afrikas bildete und neuerdings IS-Gotteskrieger ausgebildet werden). Ein paar Jahre am Ort bleiben, um die geborstenen staatlichen Strukturen wieder zu reparieren und Frieden zwischen den diversen religiösen, ethnischen und kulturellen Gruppen zu stiften? Das ist bereits in Afghanistan gescheitert und soll im syrisch-irakischen Durcheinander funktionieren? Ein erklecklicher Teil der irakischen Truppen, die von den Amerikanern ausgerüstet und ausgebildet worden waren, ist bei erstbestener Gelegenheit teils zu den IS-Gotteskriegern übergelaufen, teils desertiert, unter Zurücklassung guter US-amerikanischer Panzer, die jetzt unter den schwarzen Fahnen des IS rollen. Ja, vermutlich gäbe es ohne unsere Kriege in Afghanistan und im Irak jetzt keinen Islamischen Staat. Und da sollen wir noch mehr Krieg führen?

Und damit komme ich zu meiner größten Sorge: In weiten Kreisen der islamischen Welt wirkt die Präsenz abendländischer Truppen offenbar wie eine Demütigung der schlimmsten Art. Je länger unsere siegreichen Soldaten im Irak und in Syrien stünden, weil ihr Abzug nicht infrage käme, desto größer würde die Gefahr, dass sich immer mehr muslimische Menschen aus aller Welt (auch aus Europa) fanatisieren und den Kampf mit Krieg, Terror und Guerilla-Taktik weitertragen. Untereinander und gegen uns. Mein Pessimismus in dieser Angelegenheit ist alles andere als sicheres Wissen; er beruht auf einer beunruhigenden und traurigen Extrapolation dessen, was wir in den letzten Jahren zur Genüge gesehen haben: Mit der Demonstration unserer enormen militärtechnischen Überlegenheit machen wir uns in der islamischen Welt mehr Feinde als Freunde; oder jedenfalls zu viele Feinde.

Doch auch als verzweifelter Pazifist bin ich nicht durch und durch pessimistisch. Ich klammere mich an die Hoffnung, dass wir auf lange Sicht in eine friedlichere Welt gelangen können, wenn wir dem Bösen ohne Waffen entgentreten, aus der gesamten Region militärisch abziehen und ein demütiges Eingeständnis machen: das Eingeständnis unserer Ratlosigkeit.

Nicht, dass es uns gleichgültig wäre, wenn Unschuldige massakriert werden (wer ist schon schuldig?) und ganze Landstriche in einem mittelalterlichen Rechtssystem versinken, das demjenigen Saudi-Arabiens zu ähneln scheint, einem Importeur schwerer deutscher Waffen. Nichtsdestoweniger müssen wir uns vielleicht allmählich mit der Idee anfreunden, dass es Übel im Nahen Osten gibt, denen wir nicht abhelfen können. Versucht haben wir es – wir haben mehr als einmal unser Verantwortungsgefühl militärisch untermauert; nicht all unsere Interventionen zielten allein auf westliche Interessen. Trotz guter Vorsätze haben wir Fehler über Fehler aufgetürmt – und daraus fast immer zu spät gelernt.

Unser Hauptfehler scheint darin bestanden zu haben, dass wir die Dynamik der innermuslimischen Verstrickungen, Grabenkämpfe und Seitenwechsel wieder und wieder falsch eingeschätzt haben. Wir haben vielfach in Systeme eingegriffen, die wir kaum verstehen. Wir haben Stabilitäten zerstört, ohne neue schaffen zu können. Wir haben der Anarchie und dem Bürgerkrieg die Schleusen geöffnet. Wir haben voreilig, kurzsichtig und also verantwortungslos gehandelt. Trotz vieler

militärischer Siege haben wir politisch versagt. Wir haben uns überschätzt und übernommen, es war Hybris.

Wir aus dem Westen haben uns während eines Vierteljahrhunderts in unserer Verantwortungsethik stark gefühlt und müssen konsequenterweise die Mitverantwortung für alle Untaten übernehmen, die im Gefolge unseres Tuns etwa mit westlichen Waffen in falschen Händen verübt worden sind und gerade verübt werden – so wie wir ja auch die Mitverantwortung für die Folgen unseres Rückzugs übernehmen müssen: nun also auch denen gegenüber, die dem Terror des Islamischen Staats ausgeliefert sein werden. Ohne Schuld kommen wir nicht aus der Geschichte heraus, und das ist mehr als bitter.

Es wäre also an der Zeit für die Bitte um Verzeihung. Wenn wir uns aus der Region zurückziehen und den Menschen dort signalisieren, dass wir unsere Fehler bereuen, können wir die Kette von Gewalt und Brutalität vielleicht zerreißen. Dann besteht zumindest die Chance, dass wir bei den Gefolgsleuten des Islamischen Staats Selbstzweifel wecken werden – den Zweifel an der Richtigkeit ihres Tuns. Auf längere Sicht wird dieser Zweifel mehr gute Wirkung entfalten als der Tod von noch so vielen Gotteskriegern. Der Friede im Nahen Osten muss und wird von der dortigen Bevölkerung selber gefunden werden – *inschallah*.⁷

Dr. Olaf L. Müller ist Professor für Wissenschaftsphilosophie an der Humboldt-Universität zu Berlin.

7 Ich danke Susanne Gahl sowie Eckart Jantzen für aufschlussreiche Gespräche über Krieg gegen den Islamischen Staat und Sabine Jaberg, Benjamin Marschall, Kirsten Meyer nebst den Mitgliedern ihres philosophischen Kolloquiums, Tobias Rosefeldt, Tatjana Tarkian, Sylwia Trzaska, Truls Wyller sowie den Mitgliedern meines philosophischen Kolloquiums für Kritik an früheren Fassungen dieses Essays. Fast alle Gesprächspartner haben mir vehement widersprochen.